

Friedensziele, Neuordnung und Arbeiterchaft.

3 Essen, 6. Mai.

In einer bedeutsamen Kundgebung befaßten sich heute Leiter und Vertrauensleute des Deutschen Arbeiterkongresses mit den Friedenszielen und mit der Neuordnung staatlicher Dinge. Der Deutsche Arbeiterkongress ist die Vereinigung der katholischen und evangelischen Arbeitervereine, der christlichen Gewerkschaften sowie einer großen Zahl von Vereinen und Verbänden von Arbeitern, Handwerkern und Angestellten, die auf vaterländischem und christlichem und dem gleichen sozialpolitischen Boden wie die genannten Vereine und Gewerkschaften stehen. Der Ausschuß dieser Vereinigung hielt eine Beratung über Arbeiterinteressen und Friedensziele und legte das Ergebnis in einer Entschlüsselung nieder. An diese Sitzung schloß sich eine Tagung der Vertrauensleute dieser christlich-nationalen Arbeiterbewegung aus Westdeutschland. Hier entwickelte der Generalsekretär der christlichen Gewerkschaften, Stegerwald (Köln), die leitenden Grundsätze für die gegenwärtige und zukünftige Haltung und Arbeit der christlich-nationalen Arbeiterbewegung. Für den Staat wie für alle Parteien gleichwichtig sind vor allem die Stellungnahme dieser Arbeiterbewegung zur Sozialdemokratie und die Vorschläge zur Herstellung einer Verbindungsbrücke zwischen Staat und gesamter Arbeiterchaft. Die Grundzüge der programmatischen Darlegungen Stegerwalds waren folgende:

Wir wünschen einen Frieden, der bringt: Sicherheit in strategischer Hinsicht, Schutz des Westens und Sicherung unserer wirtschaftlichen Zukunft. Und wenn Frankreich und England eine größere Kriegsentwädigung auferlegt werden kann, stimmen wir ohne Sentimentalität zu. (Lebhafte Zustimmung.) Wichtiger sind aber günstige Handelsverträge und Sicherung des Bezugs von Rohstoffen. (Lebhafte Sehr richtig!) Die christlich-nationale Arbeiterbewegung hat im Gegensatz zu andern Kreisen den Krieg mit den Vereinigten Staaten weniger leicht genommen, und das aus wirtschaftlichen Gründen. Durch die Teilnahme der Vereinigten Staaten wird der Frieden in wirtschafts-politischer Hinsicht äußerst kompliziert, und das ist für uns Arbeiter das Entscheidende. Aus denselben Gründen haben wir dem unbeschränkten U-Bootkrieg lange zögernd gegenübergestanden. Nachdem er aber erklärt ist und die Oberste Heeresleitung ihn als notwendig bezeichnet hat, muß er durchgeführt werden. Wogegen wir aber sind, das sind die Bestrebungen der Kreise, die in Gebietsverweiterungen nicht genug bekommen können. Wie die Gemeinschaft mit den extremen rechtsstehenden Kreisen, so lehnen wir auch die Friedensformel der Sozialdemokratie entschieden ab, die einen Frieden ohne Annexionen und ohne Kriegsentwädigungen fordert. Wenn wir einen solchen Frieden bekommen müßten, so wäre das für uns sehr schädlich, aber ihn fordern, ist noch schädlicher. Wenn die Frage gestellt ist, ob Machtfrieden oder Verständigungsfrieden, so sind wir unter allen Umständen für einen Machtfrieden, wenn wir ihn verlangen können. (Lebhafte Zustimmung.) Die internationale Völkerverbrüderung ist in der Geschichte nie verwirklicht worden und wird in Zukunft nie verwirklicht werden. (Sehr wahr!) Wir glauben nicht daran, daß ein Verständigungsfrieden von Dauer ist. Wir haben gesehen, wie Frankreich sich als Rentnerrolle betätigte, wie England andere Völker für sich arbeiten ließ. Deutschland war von jeher ein Arbeitsvolk. Es wird in der Geschichte nie erreicht werden, daß Völker auf einen gleichmäßigen Stand der Zivilisation anlangen und anhalten. Hochstehende Völker sind leicht geneigt, zu verweichlichen. Starke Nationen wollen nicht für alle Zeiten sich als Trabanten anderer Völker betätigen und ihren Bevölkerungüberschuß an andre Völker abgeben. Von einem Verständigungsfrieden mit England kann keine Rede sein, solange ein Machtfrieden möglich ist. Aber nur die Oberste Heeresleitung und die Reichsregierung können die gesamte Lage übersehen und die Entscheidung treffen. Für die überspannten Kriegswüteriche wird man nach einer Reihe von Jahren, wenn man sagen darf, was heute noch nicht ausgesprochen werden kann, nur ein Achselzucken haben. Das sind dieselben Leute, die einen großen Lärm machten, als anfangs der 90er Jahre des vorigen Jahrhunderts Helgoland gegen Sansibar ausgetauscht wurde. Heute ist uns Helgoland mehr wert. (Sehr lebhaft Zustimmung.)

Für die Neuordnung der innerstaatlichen Verhältnisse in Deutschland und in Preußen hat die christlich-nationale Arbeiterbewegung die Auffassung, daß es keinen Staatsmann gibt, der nach den gewaltigen Geschehnissen dieser Kriegsjahre nach dem Kriege dort anfangen könnte, wo im August 1914 aufgehört wurde. Die Osterbotschaft des Kaisers sagte mit Recht, daß der in Deutschland seit langem gepflegte nationale und soziale Geist uns die im Kriege hervorgetretene Stärke gegeben habe. Das Zentralproblem unserer innern Politik besteht in der Doppelfrage: 1. Wie kann Preußen unter Berücksichtigung seiner Eigenart eine neue Grundlage gegeben werden? 2. Wie kann eine Brücke zwischen Staat und Arbeiterchaft hergestellt werden? Die gesamte Politik hat sich nach dem Kriege zu orientieren nach den Interessen des Staates und nicht nach den Wünschen dieser oder jener Partei. Wir sagen: Erst das Vaterland, dann die Partei, erst das Vaterland, dann die Organisation! Wir wollen keine einseitige Herrschaft, weder im Reiche noch in Preußen. Wir bekämpfen die Klassenherrschaft von oben und widersehen uns einer Massenerrschaft von unten. Nur müssen die breiten Volksschichten sowohl in der gewerkschaftlichen Organisation wie im Staatsleben mitraten und mitreden können. Wir lassen uns auch nicht blenden durch den Begriff der Demokratie. Wir haben keine Sehnsucht nach einer Demokratie wie in Frankreich und den Vereinigten Staaten. Auch die Schattenmonarchie in England, in Rumänien bilden für uns kein Ideal. Wir wollen auch kein parlamentarisches Regiment. Wir sind dagegen, daß die Minister aus den Parteien genommen werden. Wir wollen erstens eine starke Monarchie, die nicht durch eine Oberschicht, sondern durch breite Volkstreuere getragen wird. Wir wollen, daß der Monarch ein großes Maß Rechte durch die Verfassung und die Staatsstruktur eingeräumt bekommt. Wir wollen ein Beamtentum, das der Monarch zu ernennen hat, und das sich nicht klassisch im Sinne einzelner Volkstreuere oder Parteien zu betätigen braucht. Wir wollen, daß das Offizierkorps dem Kaiser unterstellt bleibt. Wir wollen zweitens ein aus allen Kreisen des Volks zusammengesetztes Abgeordnetenhaus. Wir sind gegen ein Pluralwahlrecht und gegen ein Ständewahlrecht. Das Wahlrecht für das Abgeordnetenhaus ist dem Reichstagswahlrecht anzupassen. Wir sind für das allgemeine, direkte, geheime und gleiche Wahlrecht zum preussischen Abgeordnetenhause (stürmische Zustimmung). daneben soll aber das System der Verhältniswahl durchgeführt werden. Wir sind auch für zwei Kammern. Die Erste Kammer soll sich zusammensetzen aus allen tüchtigen und führenden Köpfen des Volkes. Auch die Arbeiter müßten gleichmäßig beteiligt sein und nicht bloß einige Konzessions-schulzen bekommen. Weiter könnte man vorsehen, daß Grundfragen des Staates nicht durch einfache Mehrheit entschieden werden können. Im ganzen wollen wir, daß alle Schichten des Volkes gleichmäßig zur Mitarbeit im Staate herangezogen werden.

Damit ist auch die zweite Frage beantwortet, wie eine Verbindungsbrücke zwischen Staat und Arbeiterchaft hergestellt werden kann. Versuche zur Herstellung einer solchen Brücke sind schon gemacht worden, zuerst von Bismarck bei der Schaffung der Arbeiterversicherungsgesetze. Die Arbeiter sollten für den Staatsgedanken gewonnen werden, dieser Gedanke hat sich auch bewährt. Ohne unsere soziale Befehgebung besäße unser Heer seine heutige Kraft nicht. Auch hat diese Befehgebung zur Kräftigung des Reichsgedankens beigetragen und hat in den Köpfen der Arbeiter den Gedanken festgelegt, daß sie bei dem heiligen Krieg etwas zu verlieren haben. Aber was Bismarck nicht richtig eingeschätzt hat, das war die Psyche der breiten Masse der Arbeiterchaft. Diese wollte auch im Rahmen des Staates genügend gewürdigt werden. So ist der erste Versuch fehlgeschlagen, auch der zweite beim Regierungsantritt des heiligen Kaisers und ebenso ein Versuch des Fürsten Bülow. Im heiligen Kriege ist nun ein neuer Versuch zur Herstellung eines angemessenen Verhältnisses zwischen der oppositionell-gerichteten Arbeiterchaft und dem Staat gemacht worden. Sollte auch dieser Versuch scheitern, dann erwachsen der national-gerichteten Arbeiterbewegung neue gewaltige Aufgaben. Wir wünschen, daß ein Verhältnis zwischen Staat und der gesamten Arbeiterchaft gefunden werden möge. Wenn nicht, dann werden wir nach dem Kriege auf dem Posten sein. Die Vorbereitungen sind getroffen, das Programm ist ausgearbeitet. Nun wird es auch Zeit, daß Staat und politische Welt sich